

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 6. November 1991

am Donnerstag, dem 7. November 1991

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen, Arne (Ritterhude) (SPD)	59, 60	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP)	4
Erler, Gernot (SPD)	28, 29	Dr. Päselt, Gerhard (CDU/CSU)	6, 7
Dr. Feige, Klaus-Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Roth, Wolfgang (SPD)	56, 57
Dr. Feldmann, Olaf (FDP)	12, 30	Schaich-Walch, Gudrun (SPD)	18, 19
Ganseforth, Monika (SPD)	8, 9	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	14, 15
Graf, Günter (SPD)	35	Schmidt-Zadel, Regina (SPD)	16, 17
Harries, Klaus (CDU/CSU)	1, 2	Schütz, Dietmar (SPD)	25, 26
Dr. Hirsch, Burkhard (FDP)	36, 37	Schulz, Werner (Berlin) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 48
Iwersen, Gabriele (SPD)	5, 58	Dr. Sonntag-Wolgast, Cornelia (SPD)	46, 47
Jäger, Claus (CDU/CSU)	31, 32	Sorge, Wieland (SPD)	52, 53
Kirschner, Klaus (SPD)	50, 51	Steen, Antje-Marie (SPD)	13
Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Stiegler, Ludwig (SPD)	44, 45
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	33, 34	Dr. Thalheim, Gerald (SPD)	64, 65
Lamp, Helmut (CDU/CSU)	61, 62	Walz, Ingrid (FDP)	21
Lowack, Ortwin (fraktionslos)	43, 49	Wartenberg, Gerd (Berlin) (SPD)	39, 40
Dr. Lucyga, Christine (SPD)	54, 55	Welt, Jochen (SPD)	27, 38
Marienfeld, Claire (CDU/CSU)	10, 11	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	3, 20
Mehl, Ulrike (SPD)	63		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|--|---|
| 1. Abgeordneter
Klaus
Harries
(CDU/CSU) | Bestätigt die Bundesregierung die Aussage des Hamburger Umweltsenators, wonach die Verschmutzung der Elbe alarmierend durch Schadstoffeintrag aus Betrieben in den neuen Ländern von Quecksilber, Blei und chloriertem Kohlenwasserstoff wieder zugenommen hat? |
| 2. Abgeordneter
Klaus
Harries
(CDU/CSU) | Wenn ja, was kann bzw. wird die Bundesregierung tun, um dieser erneuten Verschlechterung kurzfristig und wirksam zu begegnen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Post
und Telekommunikation**

- | | |
|---|--|
| 3. Abgeordnete
Dr. Margrit
Wetzel
(SPD) | Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost POSTDIENST Provisionszahlungen von Stempelherstellern und von jenen Firmen erhält, die sämtliche Frankiermaschinen in der Bundesrepublik Deutschland umrüsten müssen, weil mit dem Inkrafttreten der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im POSTDIENST die Freimachungsvermerke „Entgelt bezahlt“ und „Entgelt geprüft“ eingeführt und die bisherigen Vermerke „Gebühr bezahlt“ und „Gebühr geprüft“ ab 1. Juli 1992 nicht mehr verwendet werden? |
| 4. Abgeordneter
Hans-Joachim
Otto
(Frankfurt)
(FDP) | Welche Stellungnahme hat die Bundesregierung in der Sitzung des Postministerrates am 4. November 1991 zu dem Richtlinienentwurf der EG-Kommission hinsichtlich der Einführung der D2-Mac-Fernsehnorm abgegeben? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

5. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD)
- In welcher Höhe sind dem Daimler-Benz-Konzern nach der Fusion mit MBB Forschungsmittel des Bundesministers für Forschung und Technologie zugeflossen, und wie hoch war das Auftragsvolumen, das die Bundesregierung in diesem Zeitraum an konzerneigene Unternehmen vergeben hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

6. Abgeordneter
Dr. Gerhard Päselt
(CDU/CSU)
- Auf welcher Grundlage und in welchem Umfang erhalten in den neuen Bundesländern Selbständige Arbeitslosengeld?
7. Abgeordneter
Dr. Gerhard Päselt
(CDU/CSU)
- Entspricht es den Tatsachen, daß selbständige Künstler und Autoren ihren Verzicht auf jede Berufsausübung erklären müssen, wenn sie Arbeitslosengeld erhalten wollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

8. Abgeordnete
Monika Ganseforth
(SPD)
- Welches sind die Gründe und die Rechtsgrundlage, nach der den Beschäftigten des Lufttransportgeschwaders (LTG) 62 in Wunstorf auch bei einer Versetzungsbereitschaft im Rahmen der Verlegung des Transportgeschwaders nach Briest/Brandenburg die Übernahme an den neuen Standort verweigert wird?

9. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)
- Wie soll das Gelände des Fliegerhorstes Wunstorf einschließlich der Gebäude nach der Verlegung des LTG 62 nach Briest/Brandenburg genutzt werden, bzw. wird es zu einer sinnvollen zivilen Nutzung durch die Stadt Wunstorf oder zur Rückführung in die ursprüngliche landwirtschaftliche Nutzung freigegeben?
10. Abgeordnete
**Claire
Marienfeld**
(CDU/CSU)
- Treffen die Pressemitteilungen zu, daß der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Gerhard Stoltenberg, mit dem britischen Verteidigungsminister, Tom King, vereinbart hat, sämtliche britischen Militärbewegungen in der Lüneburger Heide bis 1994 schrittweise einzustellen, und hat der Bundesminister der Verteidigung danach den britischen Streitkräften eingeräumt, die Übungsmöglichkeiten auf Truppenübungsplätze der Bundeswehr zu verlagern?
11. Abgeordnete
**Claire
Marienfeld**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die britischen Streitkräfte ihre Ausbildungs- und Übungstätigkeit in einem Drei-Stufen-Plan vollständig auf die bestehenden Truppenübungsplätze der Bundeswehr Munster, Bergen-Hohne und Sennelager verlegen, und wenn ja, mit wie vielen zusätzlichen Truppenübungen auf dem bestehenden Truppenübungsplatz Senne muß die lippische Bevölkerung, die jetzt schon erheblichen Belastungen ausgesetzt ist, rechnen?
12. Abgeordneter
**Dr. Olaf
Feldmann**
(FDP)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Zusammenhang mit dem kanadischen Truppenabzug aus Sölingen und Lahr sowie der Auflösung des Aufklärungsgeschwaders Immelmann in Bremgarten die TRA 206A (Temporary Restricted Area) mit der TRA 206B zusammengelegt wird, und wenn ja, ist aufgrund der Zusammenlegung der TRA mit einer Reduzierung der neuen TRA und damit auch mit einer Verringerung des militärischen Flugbetriebes über Baden-Baden, dem Murgtal und dem Schwarzwald zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

13. Abgeordnete
**Antje-Marie
Steen**
(SPD)
- Was ist nach Auffassung der Bundesregierung an organisatorischen und rechtlichen Maßnahmen erforderlich, um das Bundesgesundheitsamt so zu stärken, daß es wirksam und rechtzeitig auf Meldungen über gesundheitsgefährdende Nebenwirkungen von Arzneimitteln reagieren kann?

14. Abgeordneter
**Horst
Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD)**
- Durch welche Maßnahmen der Bundesregierung bzw. des Bundesgesundheitsamtes kann den Betroffenen, die durch Einnahme von L-Tryptophan-haltigen Medikamenten z. T. schwere und irreversible gesundheitliche Schäden erlitten haben, medizinisch und bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche geholfen werden?
15. Abgeordneter
**Horst
Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD)**
- Bedeutet das vom Bundesgesundheitsamt eingeleitete Stufenplanverfahren für alle oralen L-Tryptophan-haltigen Arzneimittel, daß nicht-orale L-Tryptophan-haltige Arzneimittel noch im Einsatz sind bzw. dafür noch kein Stufenplanverfahren eingeleitet ist?
16. Abgeordnete
**Regina
Schmidt-Zadel
(SPD)**
- Wieso hat das Bundesgesundheitsamt trotz Meldungen insbesondere aus den USA über epidemieartige Erkrankungen und Todesfälle, die ursächlich auf die Einnahme von L-Tryptophan-haltige Medikamente zurückgeführt wurden, ohne wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse eine tägliche Höchstdosis von 1 Gramm als ungefährlich eingestuft?
17. Abgeordnete
**Regina
Schmidt-Zadel
(SPD)**
- Kann die Bundesregierung die im Zusammenhang mit dem Vorgang L-Tryptophan aufgekommene Information bestätigen, wonach bei einer Veränderung des Rohstoffes für ein Präparat nicht einmal eine Meldepflicht des Herstellers/Vertreibers an das Bundesgesundheitsamt besteht?
18. Abgeordnete
**Gudrun
Schaich-Walch
(SPD)**
- Welche personellen und strukturellen Konsequenzen sind im Zusammenhang mit den Vorgängen um L-Tryptophan-haltige Medikamente nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, um die jährlich etwa 40 000 Meldungen über Nebenwirkungen von Medikamenten zeitgerecht zu erfassen, auszuwerten und über eine Informationsstelle oder Datenbank den Ärzten und Apotheken zur Verfügung zu stellen?
19. Abgeordnete
**Gudrun
Schaich-Walch
(SPD)**
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wieso das Bundesgesundheitsamt erst ein halbes Jahr, nachdem in einer eigenen Hausmitteilung über die Gefahr auch geringer Dosen von L-Tryptophan (weniger als 1 Gramm täglich) berichtet wurde, ein vorläufiges Vertriebsverbot auch für niedrig dosierte L-Tryptophan-haltige Präparate verfügt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

20. Abgeordnete
**Dr. Margrit
Wetzel**
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen und wie oft wird kontrolliert, ob die Besatzungsmitglieder, auf deren Namen Seefahrtsbücher ausgestellt sind, überhaupt lebende Personen sind, die sich tatsächlich persönlich an Bord des (kontrollierten) Schiffes aufhalten?
21. Abgeordnete
**Ingrid
Walz**
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Bundesbahn (DB), daß ärztliche Notfallkoffer in den Fernzügen der DB nicht erforderlich sind, weil Züge – im Gegensatz zu Flugzeugen z. B. – jederzeit halten können und ein Notarzt über Funk herbeigerufen werden kann, und wenn ja, mit welcher Begründung?
22. Abgeordneter
**Dr. Klaus-Dieter
Feige**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es zutreffend, daß die Deutsche Bundesbahn zu Beginn des kommenden Jahres erneut die Tarife im Personenverkehr anheben will, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
23. Abgeordneter
**Dr. Klaus-Dieter
Feige**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit beeinflusst die vorgesehene Tarifierhöhung der Deutschen Bundesbahn die bisherige Haltung der Bundesregierung bezüglich der Einführung eines Halbpreispasses nach Schweizer Vorbild, bzw. bis wann gedenkt die Bundesregierung einen solchen Halbpreispaß in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen?
24. Abgeordneter
**Werner
Schulz
(Berlin)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit kann die geplante Erhöhung der Tarife der Deutschen Bundesbahn einen Beitrag zur Minderung des Treibhauseffekts, insbesondere der Reduzierung von CO₂ im Verkehrsbereich, leisten, und inwiefern wird dadurch das angestrebte Ziel der Bundesregierung, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 um ca. 30 Prozent zu reduzieren, gefördert?
25. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz**
(SPD)
- Worauf begründet sich die von der Wasserschiffahrtsgesellschaft Aurich im Planfeststellungsverfahren Emsvertiefung beantragte Ausbautiefe von 6,80 m angesichts der zwischen dem Land Niedersachsen und dem Bund vereinbarten Ausbautiefe von 6,30 m?
26. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz**
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der von der Meyer-Werft geforderten Ausbautiefe von 7,30 m auch unter dem Blickwinkel der Umweltverträglichkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

27. Abgeordneter
Jochen Welt
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung nach dem Parteiengespräch unternommen, um die Ausländerbehörden bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber dahin gehend zu unterstützen, daß die Beschaffung fehlender Reisepapiere auf diplomatischem Wege beschleunigt wird?
28. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die aktive Beteiligung deutscher Staatsangehöriger an den kriegesischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien?
29. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über deutsche Waffenlieferungen in das jugoslawische Kriegsgebiet seit Beginn der offenen Kämpfe?
30. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(FDP)
- Welchen Beitrag will und kann die Bundesregierung im Hinblick auf die am 30. Oktober 1991 in Madrid eröffnete Nahost-Friedenskonferenz für den Nahost-Friedensprozeß leisten, und welche Rolle wird sie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bei der Lösung der damit verbundenen Probleme wie der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten, der Grenzfragen zwischen Israel und dem Libanon (israelische 5-Meilen-Schutzzone im Südlibanon) und zwischen Israel und Syrien (israelische Annexion der Golanhöhen), einer regionalen Abrüstung und Rüstungskontrolle, der Wasserfrage und der regionalen Wirtschaftsförderung übernehmen?
31. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu, nach denen in Straflagern der Sowjetunion noch immer politische Häftlinge eingekerkert sind und Haftpraktiken unterliegen, die massiv gegen die VN-Menschenrechts-Pakte und gegen die KSZE-Beschlüsse verstoßen, und welche Abhilfemaßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen?
32. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU)
- Wie viele Straflager des bisherigen Archipels GULAG sind in der Sowjetunion noch in Betrieb, und unter wessen Verantwortung und Kontrolle stehen diese Lager?
33. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Hat der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Brasilien innerhalb der Erörterung zur Rettung der Regenwälder auch den Schutz der dort lebenden Minderheitsvölker angesprochen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, mit dafür Sorge zu tragen, daß bestimmte Indio-Minoritäten vor dem Aussterben bewahrt werden?

34. Abgeordneter
Dr. Klaus Kühler
(SPD)
- Welche Resultate haben hinsichtlich der Menschenrechte die Gespräche mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Volksrepublik China, Zou Jiahua, erbracht, und wird der Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, bei seinem bevorstehenden Besuch in China die schweren Menschenrechtsverletzungen gegenüber Dissidenten wie Wei Jingsheng, Bao Zunxin, Wang Dan, Liu Gang und Zhang Ming ansprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

35. Abgeordneter
Günter Graf
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, binnen welcher Fristen zu Ministerialräten in der Besoldungsgruppe A 16 ernannte Beamte der Bundesregierung in die Besoldungsgruppe B 3 im Jahre 1991 eingewiesen worden sind, und zwar aufgeschlüsselt nach den einzelnen Bundesministerien, einschließlich Bundeskanzleramt, und wie sahen die Zahlen hierzu im Vergleich in den Jahren 1988 bis 1990 aus?
36. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(FDP)
- Wie hat sich die Zahl der unbegleitet in die Bundesrepublik Deutschland einreisenden Kinder seit Einführung des Visumzwanges für Personen unter 16 Jahren entwickelt?
37. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(FDP)
- Von wem werden für diese Kinder Asylanträge gestellt, und auf Grund welcher tatsächlichen Angaben geschieht das?
38. Abgeordneter
Jochen Welt
(SPD)
- Welche tatsächlichen und rechtlichen Vorbereitungen sind von der Bundesregierung getroffen worden, um die im Parteiengespräch vom 10. Oktober 1991 verabredete Zuständigkeitsverlagerung im Asylverfahren umzusetzen?
39. Abgeordneter
Gerd Wartenberg (Berlin)
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um die im Parteiengespräch am 10. Oktober 1991 vereinbarten Zielvorstellungen zur Beschleunigung der Asylverfahren umzusetzen?
40. Abgeordneter
Gerd Wartenberg (Berlin)
(SPD)
- Wann legt die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes und der Verwaltungsgerichtsordnung vor?

41. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat das Bundesamt für Verfassungsschutz der Brandenburger Landtagsabgeordneten Fuchs jemals welche Informationen über den designierten Brandenburger Datenschutzbeauftragten Weichert zugänglich gemacht?
42. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welcher Rechtsgrundlage hat das Bundesamt für Verfassungsschutz trotz fehlender Zustimmung des Betroffenen personenbezogene Informationen an diese bestimmte Privatperson und Landtagsabgeordnete übermittelt, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, daß schon mangels eines entsprechenden Landesdatenschutzgesetzes nicht absehbar ist, ob und wann sich in Brandenburg parlamentarische öffentliche Stellen im Sinne des § 19 Bundesverfassungsschutzgesetz mit der Wahl des dortigen Datenschutzbeauftragten erstmals dienstlich zu befassen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

43. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Welche Leistungen wurden aus öffentlichen Haushalten, einschließlich Zahlungen aus Hermes-Bürgschaften und unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Pariser Clubs bis einschließlich September 1991 an die Republik Polen erbracht?
44. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die sich zuspitzende und zunehmend chaotischer werdende Verkehrssituation an den Grenzübergängen zur Tschechoslowakei in den Griff zu bekommen, und wie ist der Stand der Bemühungen, eine gemeinsam betriebene Grenzabfertigung zeitlich vorzuziehen?
45. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Was ist der Grund dafür, daß die Zollverwaltung zwar alle vom Parlament bewilligten B7-Dienstposten besetzt hat, längst aber nicht alle Beförderungsmöglichkeiten für den mittleren Dienst ausgeschöpft hat?
46. Abgeordnete
Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
(SPD)
- Welche Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts sowie mit den Ländern und Gemeinden sind seit dem Parteiengespräch vom 10. Oktober 1991 geführt worden, um die zur Verfügungstellung der notwendigen Anzahl an Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber zu erreichen?

47. Abgeordnete
**Dr. Cornelia
Sonntag-Wolgast**
(SPD)
- Welche Objekte sind konkret in Aussicht genommen?
48. Abgeordneter
**Werner
Schulz**
(Berlin)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit vereinbart sich die Erhöhung der Kfz-Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zum 1. Januar 1991 bzw. die Erhöhung der Kfz-Pauschale für Geschäftsreisen zum 1. Oktober 1991 mit verbalen Äußerungen der Bundesregierung, dem Schienenverkehr Priorität einzuräumen, wenn durch die geplante Erhöhung der Bahntarife der Abstand der Kosten zwischen Bahn- und Autobenutzung vergrößert wird, und damit eindeutig der individuelle Kfz-Verkehr bevorzugt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

49. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)
- Wer bezahlt die aufwendigen und teuren Annoncen, z. B. in der Zeitschrift stern vom 24. Oktober 1991, „Europas Vorteile bleiben überall haften“, die u. a. auch auf einen Aufkleber hinweisen, auf dem sich, zusammen mit Bundesadler und den 12 Sternen des Europarats der Aufdruck „Jürgen W. Möllemann, Bundeswirtschaftsminister“ befindet und die wörtlich unterzeichnet ist: „Die Europa-Initiative von Bundeswirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann“?
50. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)
- Ist die in dem Magazin „Stern“ veröffentlichte Anzeigenaktion „Europas Vorteile bleiben überall haften“ vom Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen W. Möllemann, nach Auffassung der Bundesregierung mit den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätzen zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung vereinbar, und sieht sie hier nicht eine unzulässige Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einer einzelnen politischen Gruppe oder Person?
51. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)
- In welchen anderen Zeitungen bzw. Zeitschriften ist diese Anzeige noch geschaltet worden, und wie hoch belaufen sich die Gesamtkosten für diese Anzeigenaktion?
52. Abgeordneter
**Wieland
Sorge**
(SPD)
- Ist dem mit Schreiben des Bundesministers für Wirtschaft vom 14. Oktober 1991 – Gesch.-Z.: Z C 2 - 1101 - 12/91 – verfügten Ausschluß der Angehörigen der Heilberufe von den ERP-Darlehen für

- die Existenzgründung zu entnehmen, daß die Bundesregierung bei Ärzten und Zahnärzten, Tierärzten und Apothekern, Krankengymnasten und Physikalischen Therapeuten die Niederlassung in freier Praxis nicht mehr für erforderlich und förderungswürdig hält?
53. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD)
- Ist die Anweisung des Bundesministers für Wirtschaft vom 14. Oktober 1991 – Gesch.-Z.: Z C 2 - 1101 - 12/91 – an die Kreditinstitute des Bundes, „ab sofort auf neu eingehende Anträge von Angehörigen der Heilberufe keine ERP-Darlehen mehr zuzusagen“, mit anderen Ressorts der Bundesregierung und mit den Regierungen der neuen Bundesländer abgestimmt?
54. Abgeordnete
Dr. Christine
Lucyga
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, nach welchen Kriterien die Gesamtsumme aus der „Perifra“-Förderung für deutsche Randgebiete für den Raum Mecklenburg-Vorpommern nach Neubrandenburg vergeben wurde, und wo wurde diese Entscheidung letztendlich getroffen?
55. Abgeordnete
Dr. Christine
Lucyga
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob eine Fortführung des Programms Perifra über das Jahr 1991 hinaus vorgesehen ist, und wenn ja, welche Projekte werden in Mecklenburg-Vorpommern als vorrangig förderungswürdig angesehen?
56. Abgeordneter
Wolfgang
Roth
(SPD)
- In welcher Höhe hat die Firma AEG für die AEG Olympia Office GmbH in der Vergangenheit Mittel aus der Regionalförderung des Bundes erhalten, und inwieweit leitet die Bundesregierung hieraus eine Verpflichtung der Firma AEG ab, den Produktionsstandort Wilhelmshaven zu erhalten?
57. Abgeordneter
Wolfgang
Roth
(SPD)
- Steht die Bundesregierung hinter dem VEBA-Projekt eines Importkohleverstromungszentrums, und ist sie bereit, die Ansiedlung eines Importkohleverstromungszentrums am Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven zu unterstützen, um der Region bei der Überwindung ihrer struktur- und arbeitsmarktpolitischen Krise (Arbeitslosenquote nach der Stilllegung von AEG Olympia Office GmbH ca. 25%) zu helfen?
58. Abgeordnete
Gabriele
Iwersen
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein Zusammenhang zwischen der positiven Entwicklung des Daimler-Benz-Konzerns und der durch den „Hausmännerlaß“ möglich gewordenen Fusion mit MBB zu sehen ist, und erwartet die Bundesregierung, daß hohe staatliche Zuwendungen an Unternehmen eine entsprechende wirtschafts- und sozialpolitische Verantwortung für einen ohne konzerninterne Umstrukturierung gefährdeten Standort in einer strukturschwachen Region wie im Falle der AEG Olympia Office GmbH, Wilhelmshaven, zur Folge haben sollte?

59. Abgeordneter
**Arne
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)** Ist der Bundesminister für Wirtschaft bereit, in den von ihm monatlich veröffentlichten internationalen Vergleich der Verbraucherpreise für Deutschland auch die Zahlen für die neuen Bundesländer aufzunehmen?
60. Abgeordneter
**Arne
Börnsen
(Ritterhude)
(SPD)** Ist der Bundesminister für Wirtschaft bereit, in den von ihm monatlich veröffentlichten internationalen Vergleich der Arbeitslosenquoten für Deutschland auch die Zahlen aus den neuen Bundesländern aufzunehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

61. Abgeordneter
**Helmut
Lamp
(CDU/CSU)** Liegen der Bundesregierung Angaben über Restbestände von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Atrazin vor, deren Anwendung im Frühjahr 1991 in der Bundesrepublik Deutschland verboten wurde und heute als Sondermüll entsorgt werden muß?
62. Abgeordneter
**Helmut
Lamp
(CDU/CSU)** Ist es rechtens und empfehlenswert, daß mögliche Restbestände dieses Pflanzenschutzmittels in benachbarte Länder, z. B. Frankreich oder die Niederlande, in denen die Anwendung des Atrazins nach wie vor erlaubt ist, exportiert werden?
63. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl
(SPD)** Wie wirkt sich die EG-Entscheidung zum Verbot der großflächigen Treibnetzfischerei auf geschützte Tierarten, wie Meeresschildkröten, Delphine, Robben und Seevögel, aus, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, den notwendigen Artenschutz dieser Tiere sicherzustellen?
64. Abgeordneter
**Dr. Gerald
Thalheim
(SPD)** Kann die Eintragung einer neuen Rechtsform nach § 69 Abs. 3 Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LAG) verweigert werden, weil die Prüfung der Bilanz oder anderer für eine ordnungsgemäße Anmeldung notwendigen Unterlagen nicht fristgerecht erfolgt ist, wobei die Verzögerung jedoch nicht vom Antragsteller zu vertreten ist?
65. Abgeordneter
**Dr. Gerald
Thalheim
(SPD)** Wenn ja, folgt dann zwangsläufig eine Auflösung der LPG per Gesetz nach § 69 Abs. 3 LAG?

Bonn, den 31. Oktober 1991

